

**BAD HOMBURG  
CONFERENCES  
2018**

# Neue Perspektiven für Europa

**IMPULSE  
REFLEXIONEN  
WISSENSCHAFT IM DIALOG**

**21. + 22. SEPTEMBER 2018  
BAD HOMBURG**

ÖFFENTLICHE KONFERENZ IM FORSCHUNGSKOLLEG HUMANWISSENSCHAFTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie begrüßen Sie sehr herzlich zur zweiten Bad Homburg Conference im Forschungskolleg Humanwissenschaften. Die Konferenz widmet sich »Neuen Perspektiven für Europa« und greift damit wieder ein brennendes Thema unserer Zeit auf.

Anderthalb Tage lang haben Sie Gelegenheit, in sechs Diskussionsrunden unterschiedliche Aspekte der künftigen Entwicklung Europas in den Blick zu nehmen. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, Experten aus den Wissenschaften und Verantwortliche aus Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit für eine Beteiligung an unserer Konferenz zu gewinnen und Ihnen auch internationale Perspektiven präsentieren zu können.

Eben dafür stehen die Bad Homburg Conferences: Sie schaffen ein Forum für den intensiven Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe und dem Forschungskolleg Humanwissenschaften haben dabei zwei starke Partner zusammengefunden. Die Stadt Bad Homburg ist ein führender Kultur- und Wirtschaftsstandort in der Region und hat sich auch in der Wissenschaftsförderung stark engagiert – nicht zuletzt durch die Anschubfinanzierung einzelner Forschungsprogramme am Forschungskolleg Humanwissenschaften. Als gemeinsame Initiative von Goethe-Universität und Werner Reimers Stiftung gegründet, ist das Forschungskolleg Humanwissenschaften als Institute for Advanced Studies ein Ort der interdisziplinären Forschung und des persönlichen kommunikativen Austauschs. Als »Laboratorium für innovative Wissenschaft in der Gesellschaft« dient es der Entwicklung neuer Fragestellungen – dabei stets im intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit.

Wir wünschen Ihnen anregende Diskussionen und neue Erkenntnisse!



PROF. DR. DR. MATTHIAS LUTZ-BACHMANN  
Direktor,  
Forschungskolleg Humanwissenschaften



ALEXANDER W. HETJES  
Oberbürgermeister,  
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

## DIE BAD HOMBURG CONFERENCES

Die Bad Homburg Conferences sind ein öffentliches Forum der Reflexion über wichtige politische und gesellschaftliche Fragen der Gegenwart. Einmal jährlich kommen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern am Forschungskolleg Humanwissenschaften zusammen, um unterschiedliche Perspektiven und Positionen auszutauschen. Ziel ist es, zu einem differenzierten Bild der jeweiligen Thematik zu gelangen und Anregungen für die Gestaltung unserer Zukunft zu geben.

Die Konferenzen werden vom wissenschaftlichen Direktorium des Kollegs sowie weiteren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Goethe-Universität geplant und von der Stadt Bad Homburg finanziell getragen.

Die erste Bad Homburg Conference 2017 widmete sich dem Thema

»Wie verändert die Digitalisierung die politische Kommunikation?«

8./9. November 2017

Eröffnungsvortrag: Norbert Lammert, Bundestagspräsident a. D.

Mit Beiträgen von: Frank Bösch (Potsdam), Sara Hofmann (Bremen), Lorena Jaume-Palasi (Berlin), Indra Spiecker gen. Döhmman (Frankfurt am Main), Thorsten Thiel (Frankfurt am Main), Julius van de Laar (Berlin), Jochen Venus (Siegen), Johannes Völz (Frankfurt am Main)

Die Reihe der Bad Homburg Conferences ist zunächst für fünf aufeinanderfolgende Jahre geplant.

## NEUE PERSPEKTIVEN FÜR EUROPA

Die Europäische Union befindet sich in einer schweren Krise. Die britische Entscheidung für den Brexit hat deutlich gemacht, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Europäische Union als Garant für Wohlstand und Frieden verloren haben. So zeigen die aktuellen Debatten über die Flüchtlingspolitik, wie brüchig das geteilte europäische Wertegefüge ist, wenn eine gemeinsame Haltung vonnöten wäre. In vielen europäischen Ländern schlagen populistische Parteien nationalistische Töne an und gefährden so die Einheit Europas.

Trotz oder wegen der sich verbreitenden europafeindlichen Rhetorik bestimmen europapolitische Themen wie nie zuvor die Tagespolitik, und die Europäer sind angesichts des amerikanischen Isolationismus mehr denn je gezwungen, sich ihres Zusammenhaltes zu vergewissern.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat weitreichende Reformvorschläge für die Europäische Union gemacht, die europaweit bisher nur halbherzig aufgenommen wurden. Die Bad Homburg Conference 2018 greift den Impuls von Macron auf, um in verschiedenen thematischen Diskussionsrunden neue Perspektiven für Europa zu diskutieren.

**FREITAG, 21. SEPTEMBER**  
10.00 – 17.00 UHR

### ERÖFFNUNG DER KONFERENZ

**Matthias Lutz-Bachmann,**  
Direktor des Forschungskollegs  
Humanwissenschaften,  
Bad Homburg v. d. Höhe

**EUROPÄISCHE UNIVERSITÄTEN**  
*Macrons Vision einer europäischen  
Integration durch Wissenschaft*

### MODERATION

**Rainer Klump,** Professor für  
Volkswirtschaftslehre,  
Goethe-Universität Frankfurt am Main

### AUF DEM PODIUM

**Matthias Krupa,** Europa-Redakteur, Die  
Zeit, Hamburg

**Gilles Pécout,** Professor für Geschichte  
und Rektor der Académie de Paris

**Hans-Jochen Schiewer,** Professor  
für Germanistik, Rektor der Albert-  
Ludwigs-Universität Freiburg und  
Präsident von Eucor – the European  
Campus

**Rolf Tarrach,** Professor für Theoretische  
Physik und Präsident der European  
University Association, Brüssel

**EUROPEAN CITIZENSHIP**  
*Politicizing the right to move*

### MODERATION

**Sandra Seubert,** Professorin für  
Politikwissenschaft, Goethe-Universität  
Frankfurt am Main

### AUF DEM PODIUM

**John Erik Fossum,** Professor für  
Politikwissenschaft, Arena Centre for  
European Studies, Universität Oslo

**Jürgen Neyer,** Professor für  
Europäische und Internationale Politik,  
Europa-Universität Viadrina, Frankfurt  
(Oder)

**Jo Shaw,** Professorin für Europarecht,  
Edinburgh Law School, Universität  
Edinburgh

**Diskussion in englischer Sprache.**

**EUROPÄISCHE INTEGRATION**  
*Institutionelle, rechtliche und  
politische Perspektiven*

### MODERATION

**Sandra Eckert,** Juniorprofessorin  
für Politik im Europäischen  
Mehrebenensystem, Goethe-Universität  
Frankfurt am Main

### AUF DEM PODIUM

**Adrienne Héritier,** Professorin em.  
für Politikwissenschaft, European  
University Institute, Florenz

**Christoph Möllers,** Professor für  
Öffentliches Recht, Humboldt-  
Universität zu Berlin

**Oliver Treib,** Professor für  
Vergleichende Policy-Forschung,  
Westfälische Wilhelms-Universität  
Münster

**FREITAG, 21. SEPTEMBER**  
18.00 UHR

### GRUSSWORTE

**Simone Fulda,** Vizepräsidentin der  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
**Alexander W. Hetjes,**  
Oberbürgermeister der Stadt Bad  
Homburg v. d. Höhe

**NEUE PERSPEKTIVEN FÜR EUROPA**  
*Klaus Günther im Gespräch mit Jürgen  
Habermas*

**SAMSTAG, 22. SEPTEMBER**  
**10.00 – 13.30 UHR**

## EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

**Geldpolitik für Stabilität und Gerechtigkeit?**

### MODERATION

**Matthias Lutz-Bachmann**, Professor für Philosophie, Direktor des Forschungskollegs Humanwissenschaften, Bad Homburg v. d. Höhe

### AUF DEM PODIUM

**Yves Mersch**, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), Frankfurt am Main

**Emanuel Mönch**, Leiter des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main

**Stephan Rieke**, Leiter des Investment Research der ODDO BHF Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

## EUROPÄISCHE KULTUR/EN

**Chance oder Hindernis für die Integration?**

### MODERATION

**Pierre Monnet**, Professor für Geschichte und Leiter des Institut Franco-Allemand de Sciences Historiques et Sociales, Frankfurt am Main

### AUF DEM PODIUM

**Étienne François**, Professor em. für Sozial- und Kulturgeschichte, Freie Universität Berlin

**Ina Hartwig**, Publizistin, Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt am Main

**Ivan Vejvoda**, Politikwissenschaftler und Publizist, Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), Wien

## EUROPÄISCHE UNIVERSITÄTEN

**Macrons Vision einer europäischen Integration durch Wissenschaft**

Bei seiner Rede an der Pariser Sorbonne im September 2017 und bei seinem Besuch an der Frankfurter Goethe-Universität im Oktober 2017 präsentierte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron seine Vision darüber, wie die Universitäten in Europa zur Bildung der europäischen Bürger, zur Weiterentwicklung der europäischen Kultur und zur Verwirklichung der Vision eines Europas in Frieden, Freiheit und Wohlstand beitragen können. Inzwischen ist die Studierquote innerhalb der EU auf fast 50 % der Schulabgänger gestiegen und die jugendlichen Akademiker stehen der EU überwiegend positiv gegenüber. Es liegt daher nahe, gerade Universitäten in die Grundlegung einer erneuerten Europäischen Union einzubeziehen.

In dem Panel werden unterschiedliche Formen der universitären Kooperation in Europa diskutiert und kritisch evaluiert werden. Regional fokussierte Verbünde stehen neben thematisch geprägten Allianzen und Netzwerken, die durch intensive Zusammenarbeit in der Lehre geprägt sind. Seit Macrons Reden haben sich bestehende Kooperationen vertieft und neue gebildet. Für die Zukunft können wir mit einem intensiven institutionellen Wettbewerb um die beste Gestaltung »europäischer Universitäten« rechnen.

### AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

**Matthias Krupa** (Hamburg), **Gilles Pécout** (Paris),  
**Hans-Jochen Schiewer** (Freiburg i. Br.), **Rolf Tarrach** (Brüssel)

### MODERATION:

**Rainer Klump** (Frankfurt am Main)



Foto: Lise Dettmar

**Rainer Klump** ist Professor für Volkswirtschaftslehre, wirtschaftliche Entwicklung und Integration an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Als ehemaliger Rektor der Universität Luxemburg und Vizepräsident der Goethe-Universität hat er sich viel mit universitätsstrategischen Fragen befasst. In einem Impulsartikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Herbst 2017 hat er die Idee des französischen Präsidenten Macron aufgegriffen und für die Bildung europäischer Universitätsnetzwerke plädiert.

## Matthias Krupa



Foto: Vera Tammen

»Emmanuel Macrons Initiative für Europa hat hohe und vor allem in Deutschland häufig falsche Erwartungen geweckt. Seine Vision einer »Neubegründung« (réfondation) Europas – gemeint ist die Europäische Union – steht in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis zu den bestehenden Institutionen. Das gilt auch für seinen Vorschlag zur Einrichtung europäischer Universitäten. Dieser Vorschlag trifft nicht nur auf die Hartleibigkeit bereits existierender Strukturen; Macron hat ihn zudem an ein konkretes politisches Ziel geknüpft. Europäische Universitäten sollen zur »europäischen Souveränität« beitragen; sie sollen die Fähigkeit Europas stärken, »in der heutigen Welt zu bestehen«. Nimmt man Macron Ernst, reicht es deshalb nicht aus, bereits bestehende Netzwerke und Kooperationen lediglich zu vertiefen. Der Aufbau europäischer Souveränität ist der Fluchtpunkt aller Macronschen Initiativen.«

**Matthias Krupa** ist nach Stationen bei ARD und WDR seit 2001 Journalist bei der Wochenzeitung »Die Zeit« in Hamburg. Zunächst war er stellvertretender Ressortleiter Politik, dann mehrere Jahre Europa-Korrespondent in Brüssel. Seit 2016 ist er Europaredakteur der Zeitung. Er schreibt schwerpunktmäßig über europäische Politik und Populismus. In dem Artikel »Eine Uni für Europa!« (Die Zeit, Nr. 6/2018) widmete er sich zusammen mit seinem Kollegen Manuel J. Hartung der Idee Macrons für eine Europäische Universität.

## Gilles Pécout



Foto: privat

»Europa sieht sich zwei extremen Bedrohungen ausgesetzt, die einander zu widersprechen scheinen. Auf der einen Seite steht die Vision einer »Festung« europäischer Zivilisation, die sich auf eine originäre europäische Identität beruft und dabei das kulturell und religiös »Andere« ausgrenzt. Auf der anderen Seite formiert sich eine nationalistische und populistische Bedrohung, die identitäre Reflexe schürt und unter diesem Signum Europa als bloß institutionelles Gebilde delegitimiert.

Die Intellektuellen an den Universitäten müssen sich in dieser Situation gegen beide Strömungen stellen – die Überhöhung der europäischen Zivilisation einerseits und die (noch gefährlichere) Negation Europas andererseits. Sie müssen natürlich zunächst daran erinnern, dass es sehr wohl einen kulturellen »Kit« für den Zusammenhalt in Europa gibt, der weit über die Grenzen der institutionellen Union hinausgeht, nämlich die großen Texte und Kunstwerke, die das gemeinsame kulturelle Erbe Europas ausmachen. Sie müssen aber auch deutlich machen, dass diese kulturelle europäische Bindung nicht wie ein exklusives hegemoniales Erbe funktionieren kann und soll.

Für die künftige Entwicklung Europas ist es unerlässlich, dass diese Zusammenhänge in der Schule und an der Universität gelehrt werden. Zugleich muss die studentische Mobilität und die Übertragung und Übersetzung von Wissen zwischen den intellektuellen Zentren gefördert werden.«

**Gilles Pécout** ist als Rektor der Académie de Paris und der akademischen Region Ile-de-France oberster Verwaltungschef aller Bildungseinrichtungen in Paris und der Ile-de-France, von Grundschulen über Gymnasien und Berufsschulen bis hin zu Universitäten. Die Académie setzt ministerielle Beschlüsse um, rekrutiert und prüft das Lehr- und Verwaltungspersonal und ist für die Verteilung der Mittel verantwortlich. Der Historiker ist Professor an der École Normale Supérieure (rue d'Ulm) und hat an weiteren renommierten Hochschulen in Paris und im Ausland gelehrt. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehört das Buch »Penser les frontières d'Europe (XIX<sup>e</sup>-XXI<sup>e</sup> s)« (Paris 2004).



## Hans-Jochen Schiewer



Foto: Silvia Wolf

»Am Oberrhein arbeiten die Universitäten in Basel, Freiburg, Karlsruhe, Mulhouse und Strasbourg schon seit rund 30 Jahren zusammen. Ab 2013 intensivierten sie diese Zusammenarbeit mit dem Ziel eines engen Forschungs- und Lehrverbunds. Im Jahr 2015 gaben sie sich als »Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) eine eigene europäische Rechtsform. Durch Macrons Idee der Europäischen Universitäten hat der Verbund neuen politischen Rückenwind erhalten. Er versteht sich als Modellprojekt für ein entsprechendes europäisches Förderformat. Die Vision des European Campus ist ein Verbund autonomer Universitäten, die von der europäischen Perspektive durchdrungen sind, deren universitäre Kulturen von der grenzüberschreitenden Mobilität ihrer Studierenden und Lehrenden geprägt sind, die gemeinsame Forschungsprojekte durchführen, gemeinsame Studienabschlüsse anbieten, gemeinsame Servicestellen und Forschungsinfrastrukturen betreiben und sich mittelfristig auf eine gemeinsame, komplementäre Struktur- und Entwicklungsplanung einstellen. Ein solcher Verbund weltweit führender Forschungsuniversitäten wird global hohe Sichtbarkeit und Attraktivität haben und die positive Identifikation ihrer Mitglieder als Trägerinnen und Träger einer europäischen Tradition des Friedens, des Wohlstands und der Freiheit stärken.«

**Hans-Jochen Schiewer** ist Professor für ältere deutsche Literatur und Sprache und Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seit 2013 vertritt er als Präsident von Eucor – The European Campus den trinationalen Verbund von fünf oberrheinischen Universitäten (Basel, Freiburg, Haute-Alsace (Mulhouse), Strasbourg sowie das Karlsruher Institut für Technologie (KIT)). Der Zusammenschluss strebt – bei Wahrung der Autonomie der Mitgliedsuniversitäten – den Aufbau eines klar profilierten gemeinsamen Wissenschafts- und Forschungsraumes an und wird von der Europäischen Union gefördert.

## Rolf Tarrach

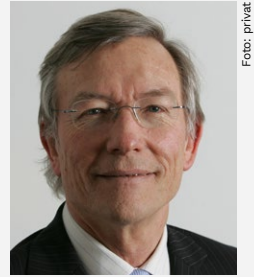


Foto: privat

»Der politische Prozess zur Verwirklichung der Idee Macrons hat bereits eingesetzt, ohne dass klare Kriterien für die zu entwickelnden Netzwerke benannt worden wären. Ich schlage folgende Eigenschaften und Profilierung vor:

Ein entscheidendes Kriterium muss die Vielsprachigkeit sein. Wichtig ist, dass mindestens zwei Sprachen gleichzeitig, miteinander verschränkt benutzt werden und nicht nur parallel. Darüber hinaus müssen diese Universitäten eigene Studiengänge und Forschungsschwerpunkte anbieten, die Europa oder europäische Eigenschaften oder Herausforderungen zum Inhalt haben, wie Europäisches Recht, Europapolitik, Entwicklung europäischer Regionen, Herausforderungen einer alternden Gesellschaft, neurodegenerative Krankheiten, Immigration und Integration, Laizismus und Gleichheit usw. Außerdem ist die Mobilität der Studierenden wichtig. Sie sollten jeweils mindestens ein Semester an insgesamt drei Universitäten des Netzwerkes in verschiedenen Ländern studieren. Dazu müssen Studienleistungen natürlich entsprechend anerkannt werden. Auch die Mobilität der Lehrenden ist zu beachten. Diese sollten alle fünf Jahre mindestens ein Semester an einer ausländischen Universität des Netzwerkes unterrichten. Schließlich sollte gemeinsames digitales Lehrmaterial entwickelt werden, welches Europa und europäische Werte, Kulturen und Denkweisen berücksichtigt.«

**Rolf Tarrach** ist Professor em. für Theoretische Physik und seit 2015 Präsident der European University Association (EUA). Mit 850 angeschlossenen Universitäten aus 48 Staaten ist die 2001 entstandene EUA mit Sitz in Brüssel der größte Verband europäischer Universitäten. Sie zielt auf die Verzahnung des europäischen Bildungs- und Forschungsraumes ab und war auch stark in den Bologna-Prozess involviert. Zuvor war Rolf Tarrach Präsident der dreisprachigen Universität Luxemburg und gehörte verschiedenen Gremien in europäischen Organisationen zur Forschungsgestaltung und -förderung an.

## EUROPEAN CITIZENSHIP

### Politicizing the right to move

At the core of EU citizenship is a right to mobility. However, under conditions of rising inequality within Europe – among citizens, regions as well as member states – freedom of movement has recently been highly politicized. With a polarisation of labour markets and deep disagreement in questions of migration and refugee policies, the EU's legitimacy narrative of mobility, prosperity and integration has been put into question. The EU increasingly influences the everyday life of citizens without at the same time increasing its legitimacy to do so. On the other hand, solidarity is empirically and normatively still mainly associated with the national welfare state. Due to the complementary character of EU citizenship, mobility and solidarity are necessarily in a conflictual relation. The panel discusses what EU citizenship can bring about in this situation. Does it mirror or challenge the (dominant) market dispositive in its current state? What structural role can it play in reforming European institutions? What extend of differentiation is justifiable? What is needed in order to make Europeans identify as European citizens?

#### AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

**John Erik Fossum** (Oslo), **Jürgen Neyer** (Frankfurt/Oder), **Jo Shaw** (Edinburgh)

#### MODERATION:

**Sandra Seubert** (Frankfurt am Main)

**Sandra Seubert** ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Unter anderem forscht sie zur Transnationalisierung der Demokratie. Als Projektkoordinatorin war sie zentral an dem EU geförderten Projekt »bEUcitizen: Barriers toward EUropean CITIZENship« (2013–2017) beteiligt, das sich in einer Projektgruppe von 26 Instituten aus 19 Ländern mit der Frage auseinandersetzte, warum Europäer ihre Rechte als EU-Bürger nicht erkennen und nutzen.



Foto: Stefanie Wetzel

## John Erik Fossum

»The point of departure for this presentation is that the EU is a distinct kind of multi-headed and deeply contested federation. Precisely because the EU is a contested federation, one of its distinguishing traits is that it has to work out the terms of federal balancing as part of doing the balancing. The democratic challenge is twofold: ensure that the core ›polity-shaping‹ (constitutional) process is subject to democratic norms and procedures, and at the same time ensure the same for the system in place. The EU's institutional apparatus is composed of different governing principles: a complex blend of supranational and inter-governmental elements, with bearings on the nature and scope of democratic governing and mode of citizenship. The structure has built into it two ›modes‹ of citizenship, with somewhat different institutional supports: political and economic (including so-called market or corporate) citizenship.«



Foto: University of Oslo copyright

**John Erik Fossum** ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Oslo am ARENA Centre for European Studies, einem multidisziplinären Zentrum, das sich mit grundsätzlichen Forschungsfragen zur Herausbildung einer europäischen politischen Ordnung beschäftigt. Er forscht zu Identität, Demokratie und Konstitutionalismus in der EU und in Kanada, unter anderem im Rahmen der Projekte »Reconstituting Democracy in the European Union« und »The Norwegian Constitution in a Changing European Context«.



## Jürgen Neyer



Foto: Heide Fesst

»Citizenship is not only a legal relationship but also a voluntary agreement between authorities and individuals. It is established on economic, political and social rights granted by authorities in exchange for loyalty provided by subjects. In times of rapid modernisation, the durability of that relationship is far from self-evident. It crucially depends on an institutional order in which social grievances are properly addressed and responsibility for dealing with them is clearly allocated. If accountability is disorganized over time, however, loyalty is withdrawn, legal obligations are rejected, and citizenship becomes discarded. European history provides rich evidence for this process.«

**Jürgen Neyer** ist Professor für Europäische und Internationale Politik und Leiter des Zentrums für Internet und Menschenrechte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Außerdem lehrt er im Rahmen der Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes und am Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften der Berliner Universitäten. Er forscht zu Rechtsfragen in aktuellen europäischen Kontexten, zu Staatlichkeit und Überstaatlichkeit. Dazu hat er u. a. »The Justification of Europe. A political theory of supranational integration« (Oxford 2012) veröffentlicht.

## Jo Shaw



Foto: privat

»The UK's referendum on EU membership on 23 June 2016 created a situation of considerable legal and personal uncertainty for EU27 citizens and their families resident in the UK, and UK citizens and their families resident in the EU27 Member States. It struck a blow against the viability of much of the UK economy, where a high employment – low wage – low productivity triangle has largely been kept in place by a ready supply of labour from elsewhere within the single market, especially since the post 2004 enlargements. It is important to identify with as much clarity as possible the individual rights and status consequences of the ending of free movement as a result of leaving the EU, but it is hard to ignore the uncertainty caused by the negotiation process. Moreover various »shadows« are cast across both the negotiation process including the politicisation of free movement in the UK in recent years and the interpretation and application of free movement rules in the UK before and since the referendum. Overall, I conclude that the issue of free movement is bevilled by the »archipelago of contradictions« that is Brexit Britain.«

**Jo Shaw** ist Professorin für Europarecht an der Universität Edinburgh. Unter anderem forscht sie zu Fragen der Bürgerschaft und des Konstitutionalismus in Bezug auf die EU und auf einige europäische Staaten, insbesondere südosteuropäische Staaten. Sie hatte zahlreiche Positionen in Instituten inne, die sich der Europa-Forschung widmen, und hat in vielen Gremien von Forschungsfördereinrichtungen mitgewirkt. Zuletzt war sie Direktorin des Institute for Advanced Studies in the Humanities der Universität Edinburgh. Unter anderem gibt sie die »Cambridge Studies in European Law and Policy« heraus und hat zahlreiche Publikationen zu rechtlichen Aspekten der Europäischen Union vorgelegt. Aktuell ist sie an einem Projekt beteiligt, das sich vergleichend mit der Frage der Bürgerschaft befasst: »Building Citizen Regimes: a Global Perspective«.

## EUROPÄISCHE INTEGRATION

### Institutionelle, rechtliche und politische Perspektiven

Der Prozess der europäischen Integration, der mittlerweile die Politik in 28 Mitgliedstaaten bestimmt, ist in seiner Geschichte seit den Nachkriegsjahren immer wieder durch Phasen der Stagnation und Blockaden gekennzeichnet gewesen. Die ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts zeichnen sich allerdings durch eine Kulmination von Krisen aus: das Scheitern des Verfassungsvertrages (2005), die Wirtschafts- und Finanzkrise (seit 2007), die Herausforderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik (seit 2015), die Brexit-Abstimmung (2016) sowie die aktuelle Infragestellung der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Herausforderungen und mit Blick auf die 2019 bevorstehenden Europawahlen diskutieren die Gäste auf dem Panel aus einer politikwissenschaftlichen und juristischen Sichtweise über die Zukunft des Integrationsprozesses. Hierbei werden institutionelle, rechtliche und politische Perspektiven aufgezeigt, die die demokratische Legitimation und Akzeptanz Europas stärken könnten.

#### AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

**Adrienne Héritier** (Florenz), **Christoph Möllers** (Berlin), **Oliver Treib** (Münster)

#### MODERATION:

**Sandra Eckert** (Frankfurt am Main)

**Sandra Eckert** ist Juniorprofessorin für Politik im Europäischen Mehrebenensystem an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die europäische Integration und Europäisierung sowie die Steuerung im europäischen Mehrebenensystem. Die Auswirkungen Europas auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und die Chancen der Mitgestaltung behandelt die von ihr gestaltete Seminarreihe »Europa in Frankfurt« an der Goethe-Universität. Ihre 2015 veröffentlichte Monographie untersucht europäische Reformen der Daseinsvorsorge, ein 2019 erscheinendes Buch thematisiert die europäische Energie-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik.



Foto: privat

## Adrienne Héritier

»Quo vadis, Europa? Aufgrund einschneidender Entwicklungen wie der Krise der Eurozone, der Flüchtlingskrise oder dem Brexit steht die Europäische Union vor der Herausforderung, ihren institutionellen Aufbau auf den Prüfstand zu stellen: Wie kann man besser mit solchen Einschnitten umgehen? Es gibt vier unterschiedlich plausible Szenarien, die als Antwort auf diese Frage nach dem weiteren Weg Europas denkbar sind: erstens eine noch engere Union oder gar die Vereinigten Staaten von Europa, zweitens eine duale oder noch weiter ausdifferenzierte Union, drittens eine Verfolgung des bisherigen Kurses mit schrittweisen Veränderungen oder viertens der Weg hin zur Lockerung oder Auflösung. Ich setzte mich mit der Frage auseinander, welches dieser vier möglichen Szenarien in der unmittelbaren und weiteren Zukunft der Europäischen Union am wahrscheinlichsten ist.«



Foto: privat

**Adrienne Héritier** war Professorin für Politikwissenschaft am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und Co-Direktorin der Max-Planck-Projektgruppe für »Gemeinschaftsgüter: Recht, Politik und Wirtschaft« in Bonn (jetzt Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern). Ihre Forschung widmet sich unter anderem europäischer Politikgestaltung und europäischen Entscheidungsprozessen, Fragen der Demokratie und der Regulation von Märkten. »The Euro Crisis and the State of European Democracy« (Florenz 2013) hat sie zusammen mit Bruno de Witte und Alexander H. Trechsel herausgegeben.

## Christoph Möllers



Foto: Martin Funk

»Die Krise der europäischen Integration beginnt Anfang der 1990er. Ihr heutiger Zustand ist weniger durch eine Verselbstständigung europäischer Institutionen wie Gerichtshof oder Kommission gekennzeichnet als von Unsicherheit der mehr und mehr dominanten Mitgliedstaaten darüber, was die Integration soll. Dabei scheint die Integrationspolitik wie ein Symptom politischer Willensschwäche (Akrasie). Man will bestimmte Formen der Integration, aber nicht deren unmittelbare politische Implikationen: Gemeinsame Währung ohne integrierte Wirtschaftspolitik, Freizügigkeit, aber nicht für alle, politische Repräsentation ohne eigenständigen Haushalt. Nach dem Brexit hat sich die Orientierung insbesondere rechtsnationaler Parteien zur EU geändert. Ihnen geht es nicht mehr darum, die Union zu verlassen oder aufzulösen, sondern darum, diese zu verändern. Als genuin politisches Projekt wird sich dem keine legitime institutionelle Reform entgegenstellen können, sondern nur die politische Auseinandersetzung.«

**Christoph Möllers** ist Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Permanent Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er ist einer der wissenschaftlichen Leiter des Programms »Recht im Kontext«, dessen Schriftenreihe sich unter anderem mit den Themenkomplexen »Krise und Konstitutionalisierung in Europa« und »Gebändigte Macht: Verfassung im europäischen Nationalstaat« auseinandergesetzt hat. Gemeinsam mit Linda Schneider hat er Anfang 2018 im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung die Studie »Demokratisierung in der Europäischen Union« verfasst.

## Oliver Treib



Foto: privat

»Die EU sieht sich mit einem doppelten Erosionsprozess konfrontiert. Auf der einen Seite stehen immer mehr Menschen der EU kritisch gegenüber, und in fast allen Mitgliedstaaten haben sich euroskeptische Parteien etabliert, die lautstark Stimmung gegen die EU machen. Auf der anderen Seite werden in einigen Ländern demokratische Mitwirkungsrechte und rechtsstaatliche Verfahren abgebaut und so die Grundwerte der EU in Frage gestellt. Wie sollte die EU darauf reagieren? Ich schlage zum einen vor, dass man den Unmut der Skeptiker ernst nimmt, indem man die inhaltliche Ausrichtung der EU-Politik grundlegend überdenkt und den Bürgern mehr direkte Mitsprachemöglichkeiten einräumt. Zum anderen setze ich mich mit den politischen Gefahren einer unüberlegten Sanktionspolitik gegen Länder wie Polen oder Ungarn auseinander und diskutiere Alternativen, die es den betroffenen Machthabern schwerer machen würden, EU-Interventionen als illegitime Einmischung in innere Angelegenheiten zu brandmarken.«

**Oliver Treib** ist Professor für Vergleichende Policy-Forschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Logik der Politikgestaltung und die Veränderung von politischen Konfliktlinien im europäischen Mehrebenensystem. Zudem beschäftigt er sich u.a. mit Fragen der Implementation von EU-Richtlinien, Einstellungen zur europäischen Integration, Europawahlen und EU-Referenden sowie parteipolitischem Euroskeptizismus. Zu seinen Veröffentlichungen gehört »Die EU und ihre Bürger«, (Wien 2011, mit G. Tiemann und A. Wimmel).



## NEUE PERSPEKTIVEN FÜR EUROPA

Klaus Günther im Gespräch mit Jürgen Habermas



Foto: Live Detmar

### Jürgen Habermas

Jürgen Habermas, geb. 1929, ist einer der bekanntesten Philosophen und Intellektuellen der Gegenwart. Zu seinen wichtigsten philosophischen Werken zählt die zweibändige »Theorie des kommunikativen Handelns« (Frankfurt am Main 1981). Er wurde u.a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis, dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und dem Kyoto-Preis ausgezeichnet.

Der in der Frankfurter Tradition der Kritischen Theorie stehende Sozialphilosoph hat immer wieder öffentlich zu politischen Themen Stellung bezogen und zentrale Debatten der Bundesrepublik entscheidend geprägt. In den letzten beiden Jahrzehnten galt seine besondere Aufmerksamkeit der europäischen Entwicklung, die er mit politisch engagierten Stellungnahmen begleitete. Deren wichtigste und neueste sind in seinem Buch »Zur Verfassung Europas« (Berlin 2011) zusammengefasst. Bekannt geworden ist auch seine Auseinandersetzung mit dem Soziologen Wolfgang Streeck, in der Habermas gegen die Renationalisierung der Politik Stellung bezog (vgl. seine Aufsätze in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« in H. 5/2013 und H. 3/2014). Die aktuelle Krise und den fortschreitenden politischen Zerfall Europas analysiert Habermas in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des deutsch-französischen Medienpreises (Die Zeit, 5. Juli 2018).

### Klaus Günther

Klaus Günther ist Professor für Rechtstheorie, Strafrecht und Strafprozessrecht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Außerdem ist er Co-Sprecher des Exzellenzclusters »Die Herausbildung Normativer Ordnungen«. Seine Forschungsinteressen gelten der systematischen und der historischen Rechtsphilosophie, der Diskurstheorie des Rechts, Grundlagenproblemen des Strafrechts und den Rechtstheorien der Globalisierung. Gemeinsam mit Stefan Kadelbach hat er den Band »Europa: Krise, Umbruch und neue Ordnung« (Baden-Baden 2014) herausgegeben. Mit dem Forschungskolleg Humanwissenschaften ist er als dessen langjähriges Direktoriumsmitglied eng verbunden.



Foto: Live Detmar

## EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION Geldpolitik für Stabilität und Gerechtigkeit?

Die Europäische Währungsunion wird gerne als das Herzstück der europäischen Integration bezeichnet. Dies durchaus zurecht: Denn die Einführung des Euro hatte zum Ziel, den Plan eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums mit einem neuen währungspolitischen Instrument zu befördern.

Wie allen Entscheidungen in der Europäischen Union liegen auch den Euro-Verträgen politische Kompromisse zwischen den beteiligten Regierungen zugrunde. Nach den geldpolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, zumal nach der nicht in Europa, sondern in den USA ausgebrochenen Bankenkrise des Jahres 2008 und der darauf erfolgten Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), lassen sich heute zwar besser als zuvor die Vor- und Nachteile bestimmen, die sich aus den Verträgen zur Einführung des Euro ergeben.

Dennoch sind die politischen Konsequenzen daraus mehr denn je Gegenstand kontroverser Diskussionen: Die einen verlangen eine rigidere Anwendung der Kriterien für die Stabilität des Euro und die anderen fordern weitere Regeln, die unerwünschte Effekte des Euro mindern und für mehr Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaften und Staaten der europäischen Währungsunion sorgen.

### AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

**Yves Mersch** (Frankfurt am Main), **Emanuel Mönch** (Frankfurt am Main), **Stephan Rieke** (Frankfurt am Main)

### MODERATION:

**Matthias Lutz-Bachmann** (Frankfurt am Main)

**Matthias Lutz-Bachmann** ist Professor für Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Direktor des Forschungskollegs Humanwissenschaften. Sein Forschungsgebiet ist die praktische Philosophie unter besonderer Berücksichtigung der politischen Philosophie und der Ethik sowie die Philosophie des Mittelalters. Mit Europa befasst er sich bereits seit vielen Jahren, so hat er »Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität« (München 1995) mit herausgegeben. Aktuell befindet sich sein Buch »Transnationale Verantwortung: Überlegungen zu einem Prinzip der Anwendung normativer Ethik« in Vorbereitung (erscheint Freiburg 2019). Am Forschungskolleg Humanwissenschaften verantwortet er seit 2014 gemeinsam mit Pierre Monnet die Vortragsreihe »Europa-Dialoge/Dialogues d'Europe«.



Foto: Jérôme Müller-Dupage

## Yves Mersch



Foto: Thorsten Jansen

Yves Mersch hat in seiner langjährigen Tätigkeit als europäischer Notenbanker zahlreiche Reden gehalten und Aufsätze sowie Gastbeiträge in Zeitungen publiziert. Dabei hat er sich insbesondere zu geldpolitischen Fragen und Finanzmarktthemen, dem institutionellen Aufbau und rechtlichen Rahmen der Europäischen Währungsunion sowie zu Zahlungsverkehrsthemen geäußert. Kürzlich sprach er sich für die Vollendung der Banken- und Finanzunion aus. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Euroraumes (EUROFI Magazin, 26. April 2018).

**Yves Mersch** ist das dienstälteste Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Zuvor war er Präsident der Zentralbank Luxemburgs. Der Jurist hatte zahlreiche Funktionen und Ehrenämter im luxemburgischen und internationalen Bankenwesen und der Finanzadministration inne, u. a. hat er Luxemburg im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und anderen multilateralen Organisationen vertreten.

## Emanuel Mönch



Foto: Uwe Nelke

»Die europäische Währungsunion ist einer der wichtigsten Meilensteine des europäischen Integrationsprozesses. Indem das Eurosystem mit einer einheitlichen Währung ein einheitliches Inflationsziel verfolgt, trägt die Währungsunion zur Sicherung von Stabilität und Wohlstand in den Mitgliedsstaaten bei. Die globale Finanzkrise und die anschließende europäische Staatsschuldenkrise haben aber gezeigt, dass eine gemeinsame Geldpolitik und der vereinbarte Stabilitäts- und Wachstumspakt allein nicht genügen, um die Währungsunion wetterfest gegenüber großen ökonomischen Verwerfungen zu machen. Daher wurden weitere Schritte auf dem Weg der wirtschaftlichen Integration in Europa unternommen. Insbesondere konnte eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht und -abwicklung geschaffen werden. Damit wurde die Gefahr reduziert, dass zukünftige Krisen vom Bankensystem ausgehen. Weitere Schritte der institutionellen und wirtschaftlichen Harmonisierung in Europa sind vonnöten und sollten sorgfältig implementiert werden. In diesem Prozess gilt es, kompromissbereit zu sein und eine gute Balance zwischen den Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu erzielen. Nicht zuletzt um dem fatalen Eindruck entgegenzuwirken, dass das europäische Integrationsprojekt dauerhaft Gewinner und Verlierer hervorbringt.«

**Emanuel Mönch** ist Leiter des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er befasst sich insbesondere mit den Zusammenhängen zwischen Makroökonomie und Finanzmärkten. Von 2007 bis 2015 arbeitete er in der Forschungsgruppe der Federal Reserve Bank in New York, zuletzt als Research Officer, und lehrte zugleich als Gastprofessor an der Columbia University New York. Mönch hat in zahlreichen hochrangigen wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert.



## Stephan Rieke



Foto: Martin Joppen

»Aus Bankensicht war die Europäische Währungsunion stets ein Projekt mit Licht- und Schattenseiten. Für Anleger dagegen schien der große Währungsraum klare Vorteile zu bieten: Die Kosten von Finanzdienstleistungen sollten sinken, die Vielfalt des Angebots steigen, die Preisbildung verbessert werden. Doch was die europäischen Anleger heute mit der Währungsunion assoziieren sind Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, Bankenrettung, Anpassungsprogramme, Haftungsrisiken und Negativzinsätze. Dafür mitverantwortlich ist eine Konstruktionsschwäche der Währungsunion: Das Nebeneinander zentraler geldpolitischer Kompetenz und nationaler politischer Verantwortung. Die laufenden Reformanstrengungen sind möglicherweise in der Lage, einige akute Probleme zu entschärfen, beheben, aber die eigentliche Schwachstelle nicht – dass der Souverän nicht notwendigerweise nach den starren Spielregeln der Währungsunion spielen will.«

**Stephan Rieke** ist seit 2017 Leiter des Investment Research der ODDO BHF Aktiengesellschaft. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und der Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Trier trat er 1992 in die Volkswirtschaftliche Abteilung der BHF-BANK ein, wo er unter anderem für den Fachbereich Europäische Geld- und Wirtschaftspolitik verantwortlich war.

## EUROPÄISCHE KULTUR/EN Chance oder Hindernis für die Integration?

Die kulturelle Dimension des europäischen Projekts stellt eine enorme Herausforderung dar, wie sich heute auf vielerlei Weise zeigt: in der Wirkungsmacht der Kulturindustrie und des Gebrauchs von Information und Desinformation; im Aufstieg von Populismen, die sich zugleich auf nationale und europäische identitäre Ansprüche stützen; im Wesen und dem Ausmaß der historischen und ideologischen Fundamente des politischen und wirtschaftlichen Projekts; in der Verführung und den Versuchen, Europa als eine spezifische Gemeinschaft von Erinnerungen und Werten zu definieren; in der Anerkennung seiner unumgänglichen sprachlichen, religiösen und ethnischen Vielfalt und dadurch auch einer unerlässlichen Inter-, ja sogar Multikulturalität, die wiederum eine ihr angemessene Kulturpolitik erfordert.

Das Panel wird sich dieser kulturellen europäischen Frage widmen und dabei den Aspekt der Vielfalt ins Zentrum eines Spannungsverhältnisses zwischen Chance und Problem stellen, denn: Wir sehen heute, dass im Namen des Erhaltes einer europäischen »Kultur« und »Identität« das Projekt eines politischen und wirtschaftlichen Zusammenwachsens in Frage gestellt wird.

### AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

**Étienne François** (Berlin, Paris), **Ina Hartwig** (Frankfurt am Main), **Ivan Vejvoda** (Wien)

### MODERATION:

**Pierre Monnet** (Frankfurt am Main/Paris)

**Pierre Monnet** ist Directeur d'études für mittelalterliche Geschichte an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris und Leiter des Institut Franco-Allemand de Sciences Historiques et Sociales an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (und auch dort als Adjunct Professor tätig), das sich der Förderung des Kulturdialogs und des intellektuellen deutsch-französischen Austauschs in Frankfurt und Hessen widmet. Zwei seiner Forschungsprojekte beziehen sich auf »Mehrsprachigkeit in der mittelalterlichen Stadt« und »Europäische Vergleiche der politischen Konstruktionen in der vormodernen Zeit«. Gemeinsam mit Matthias Lutz-Bachmann verantwortet er die Vortragsreihe »EuropaDialoge/Dialogues d'Europe« am Forschungskolleg Humanwissenschaften.



Foto: Institut IFRFA

## Étienne François



Foto: privat

»Jede Person, die sich mit den europäischen Gedächtniskulturen befasst, stellt zwei gegensätzliche Beobachtungen fest: Auf der einen Seite gibt es zwar kein gemeinschaftliches Gedächtnis, das für alle Europäer identisch wäre – die Vielfalt ist die Regel. Auf der anderen Seite aber gibt es zwischen den unterschiedlichen Gedächtniskulturen so viele Verflechtungen, gegenseitige Beeinflussungen und Übernahmen, dass man Europa als eine echte Gedächtnisgemeinschaft bezeichnen kann. Die Herausforderung für die europäische Zukunft besteht daher darin, dass man diese verflochtene Vielfalt als eine Chance wahrnimmt, um das Potential, das sich daraus ergibt, zur Geltung zu bringen.«

**Étienne François** ist Professor für Sozial- und Kulturgeschichte an der Freien Universität Berlin und lehrte bis zu seiner Emeritierung 2003 an der Pariser Sorbonne. Er war in zahlreichen deutsch-französischen Wissenschaftseinrichtungen aktiv, u. a. war er Gründungsdirektor des Centre Marc Bloch in Berlin. 2017 hat er gemeinsam mit Thomas Serrier das Werk »Europa notre histoire. L'héritage européen depuis Homère« (Paris 2017) herausgegeben.

## Ivan Vejvoda



Foto: Markus Schwärze

»Europe, the initiator of one of the world's major processes of conquest, colonization and cultural transformation, was also the product of one«, führt der britische Historiker Robert Bartlett an. Europa war über seine gesamte Geschichte hinweg Begegnungsraum von Menschen und Kulturen. Als Europa seinen Einflussbereich vergrößerte, gab es keinen Zeitabschnitt ohne Migration, ohne Zustrom der ›Anderen‹, ohne die Absorption von Ideen oder Personen oder Erfindungen, aber auch nicht ohne Zurückweisung. Diversität brachte Kreativität und Wohlstand, auf diese Weise ist sie eine wichtige Voraussetzung dafür, Offenheit zu bewahren. Europa hat innerhalb sich selbst sowohl Dogmen als auch Rebellion kreiert. Der ›homme révolté‹, wie ihn Camus nennt, steht gegen die dunkle Seite Europas. Das langsame und schmerzhaftes Werk von Aufklärung, demokratischen Revolutionen, die Selbstreflexion, der Selbstzweifel führten zu den Prinzipien von Pluralität, Gesetzmäßigkeit und Öffentlichkeit – Räumen und Institutionen, wo Verschiedenheiten debattiert werden. Die demokratische politische Kultur ist der Schlüssel zu Europa und der europäischen Integration. Sie muss entschieden verteidigt werden, wenn dunkle Zeiten aufziehen.«

**Ivan Vejvoda** ist Politikwissenschaftler und Publizist sowie Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien, wo er das Projekt »Europe's Future« leitet. In den späten 1980er und 90er Jahren war er in der demokratischen Oppositionsbewegung in Jugoslawien aktiv und wurde nach den Balkan-Kriegen Berater der serbischen Regierung für Außenpolitik und die europäische Integration. Seit 2003 war Vejvoda für den German Marshall Fund der Vereinigten Staaten tätig, zuletzt als Senior Vice President for Programs.



Foto: Stefanie Wetzel

#### KONZEPT UND PROGRAMM

Prof. Dr. **Sandra Eckert**,  
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. **Bettina Gentzcke**,  
Stadträtin, Magistrat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Prof. Dr. **Klaus Günther**,  
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. **Rainer Klump**,  
Goethe-Universität Frankfurt am Main

**Iris Helene Koban**,  
Forschungskolleg Humanwissenschaften, Bad Homburg v. d. Höhe

Prof. Dr. Dr. **Matthias Lutz-Bachmann**,  
Forschungskolleg Humanwissenschaften, Bad Homburg v. d. Höhe

Prof. Dr. **Pierre Monnet**,  
Institut Franco-Allemand de Sciences Historiques et Sociales,  
Frankfurt am Main

Prof. Dr. **Sandra Seubert**,  
Goethe-Universität Frankfurt am Main

#### FORSCHUNGSKOLLEG HUMANWISSENSCHAFTEN DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Am Wingertsberg 4  
61348 Bad Homburg  
Tel.: 06172 / 139770  
E-Mail: [info@forschungskolleg-humanwissenschaften.de](mailto:info@forschungskolleg-humanwissenschaften.de)  
[www.forschungskolleg-humanwissenschaften.de](http://www.forschungskolleg-humanwissenschaften.de)

#### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Forschungskolleg Humanwissenschaften gGmbH  
**Redaktion:** Iris Helene Koban, Dr. Ellinor Schweighöfer  
**Gestaltung:** AS'C Arkadij Schewtschenko Communications  
**Druck:** Laserline, Berlin

**BAD HOMBURG  
CONFERENCES**

**2018**

**FORSCHUNGSKOLLEG  
HUMANWISSENSCHAFTEN**  
der Goethe-Universität in Kooperation  
mit der Werner-Reimers-Stiftung

**Bad Homburg**



**GOETHE  
UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN**